Einzelnummer 30 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene Zeile 1,60 Mk., von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 6.— Mk., von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2900. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Nr. 205 | Mittwoch, den 26. Oktober 1921 | 12. Jahrgang

Zusammentritt des Reichstages.

Das Aushilfskabinett-Wirth.

Berlin, 26. Okt. (WTB). Der Reichskanzler Dr. Wirth hat sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit erklärt, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Dr. Wirth hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechungen mit den Mitgliedern des bisherigen Kabinetts aufgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Heinze zu sich gebeten. Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des heutigen Vormittags zustandekommt, so daß es sich im Reichstage, der um 12 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammentritt, wird vorstellen können.

Berlin, 26. Okt. Das von Dr. Wirth zu bildende Reichskabinett wird den Blättern zufolge kein Koalitionskabinett sein, sondern sich aus Politikern ohne Ansehen der Partei zusammensetzen, die geeignet und guten Willens sind, die Politik des Reichskanzlers zu unterstützen. Das Zentrum wie auch die Sozialdemokraten haben ihren Mitgliedern des früheren Kabinetts freigestellt, in das neue Kabinett Wirth einzutreten. Unbestimmt ist noch das Verhalten der Demokraten. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge sollen von den demokratischen Ministern Dr. Rathenau und Dr. Geßler bleiben, aber als Fach-, nicht als Parteiminister. Reichsjustizminister Dr. Schiffer ist vom Reichskanzler ersucht worden, das Justizministerium beizubehalten. Er hat sich seine Entscheidung vorbehalten. Der bisherige Minister des Aeußeren Dr. Rosen scheidet aus dem Kabinett aus. Es gilt als sicher, daß der Reichskanzler selbst das Ministerium des Aeußern verwalten wird. Der Posten des zum Gesandten Sachsens in Berlin ernannten bisherigen Ministers des Innern Dr. Gradnauer ist Dr. Köster angetragen worden, der im Kabinett Hermann Müller kurze Zeit den Posten des Außenministers bekleidete. Das Finanzministerium hat der Reichskanzler dem Staatssekretär im Finanzministerium Dr. Zapf angeboten, der parteipolitisch der Deutschen Volkspartei angehört. Der Reichskanzler wird im Reichstage eine Erklärung über die Politik des neuen Kabinetts abgeben und am Schluß dieser Erklärung dem Reichstage die Frage vorlegen, ob er diese Politik billige oder nicht. Es wird also dem Reichstage überlassen werden, sich zu diesem Programm oder einem anderen zu entscheiden.

Berlin, 25. Okt. (WTB.) Der Aeltestenrat des Reichstages hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf Mittwoch, 12 Uhr mittags, festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder ob der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

Die Stinnespartei bleibt draußen.

Die Deutsche Volkspartei lehnte einstimmig die Zustimmung zu der Erklärung der interfraktionellen Besprechung ab und kommt daher für die Bildung der neuen Koalition nicht in Betracht.

Die belgische Kabinettskrise.

In Belgien stehen die Kammerwahlen vor der Tür, der Wahlkampf hat begonnen, die Parteien sind aufmarschiert. In diese ohnehin mit Hochspannung geladene Situation platzt nun die Demission des Kriegsministers Deveze, die wiederum den Rücktritt des sozialistischen Arbeitsministers Anseele und seiner Kollegen Vandervelde, Destrée und Wauters nach sich zog.

Der Grund zu der großen Geste des Herrn Deveze ist reichlich lächerlich. Bei einer sozialistischen Kundgebung in La Louvière war in Gegenwart Anseeles den sozialistischen Fremdsoldaten eine Fahne übergeben worden, die in Stickerei einen belgischen Soldaten darstellt, der sein Gewehr zerbricht. Ein bekanntes Emblem des Pazifismus also, über das sich sonst in Europa niemand aufzuregen pflegt.

Aber in Belgien liegen die Dinge anders. In demselben La Louvière hat im September als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Cassenbach in einer großen Friedensdemonstration gesprochen. Als Antwort veranstalteten kurz darauf die Bürgerlichen eine „Sühnekundgebung“, die zu einem solchen nationalistischen Rummel ausartete, daß ihrerseits die Sozialisten eine neue Kundgebung einberiefen. Und bei dieser Kundgebung wurde die ominöse Fahne überreicht, in Gegenwart des Ministers Anseele, der seine Rede in den Ruf „Es lebe die Internationale“ ausklingen ließ. Deswegen hat sich Herr Deveze in die Brust geworfen und in einem pathetischen Schreiben seine Demission angeboten.

Wenn nicht gerade Wahlzeit wäre, so würde das Ereignis wenig Staub aufgewirbelt haben. Aber die bürgerlichen Parteien und vor allem die belgischen Liberalen brauchen Propaganda, brauchen eine Idee, um die sich ihre Anhänger sammeln können.

Da kam La Louvière gerade recht. Ein Minister des Königs, der an einer pazifistischen Kundgebung teilnimmt! Das ist Unterwühlung der Staatsautorität, Aufforderung zum Ungehorsam, Anreiz zur militaristischen Rebellion. Nieder mit den Sozialisten, die mit dem Erbfeind Belgiens, mit den verhaßten Boches wieder paktieren!

Wer die nationalistische Verhetzung weiter Volkskreise Belgiens kennt, weiß, daß es sich bei diesen Redensarten allerdings um eine zugkräftige Wahlparole handelt. Das Elend der Besatzungszeit, die ungeschickte, unpsychologische Taktik der preußischen Militärs, die grausamen Deportationen, alles das muß jetzt zur Stimmungsmache herhalten. Mit anderen Worten: Der Wahlkampf wird unter dem Leitmotiv Nationalismus oder Völkerverständigung geschlagen werden.

Die schwarz-gelb-rote Nationalfahne weht dem roten Banner des kämpfenden Proletariats entgegen. Aber während in Frankreich der politische und gewerkschaftliche Sozialismus sich in seinen eigenen Spaltungen erschöpft zur Ohnmacht verdammt ist und dem „Nationalen Block“ bequemes Spiel läßt, verfügt die belgische Arbeiterpartei über großen politischen Einfluß. Sie wird auch nach den Neuwahlen Regierungspartei sein, daran ist kein Zweifel, und daher auch der Haß der Liberalen und Katholiken gegen sie. Daher auch der theaterhafte Rücktritt des Liberalen Deveze.

So platzen die innerpolitischen Gegensätze, nationalistische Leidenschaft und sozialistischer Friedenswille, mit aller Schärfe aufeinander, ein Zusammenstoß der auch außenpolitisch beträchtliche Bedeutung hat. Eine Schwächung der Arbeiterpartei würde die belgische Regierung mehr als bisher der Außenpolitik Frankreichs näherbringen, eine Entwicklung, die kein Friedensfreund in Europa wünschen kann.

Wir hoffen, daß die belgischen Arbeiter, denen in den letzten Monaten Männer wie de Brouckère und de Man die Augen geöffnet haben über das wahre Deutschland, sich nicht wieder von dem nationalistischen Lärmen der kapitalistenfreundlichen Parteien einfangen lassen werden. Gelingt es den belgischen Sozialisten die Regierungspolitik nach den Wahlen in friedfertige, verständigungsbereite Bahnen zu drängen, so ist zur Gesundung Europas ein Schritt vorwärts getan.

Verbannung Karl Habsburgs.

Budapest, 25. Okt. (WTB.) Das Ergebnis der gestrigen Beratungen der Vertreter der großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, König Karl vorläufig im Kloster Tihany am Plattensee zu internieren. Da er sich bedingungslos ergeben hat, können die bereits gemeldeten sieben Bedingungen, die ihm von der ungarischen Regierung gestellt wurden, als angenommen gelten.

Bern, 25. Okt. (WTB.) Der Bundesrat hat heute beschlossen, die ganze Familie Habsburg und ihr Gefolge auszuweisen, mit Ausnahme der Personen, die zur Pflege der Kinder in der Schweiz zurückbleiben und durchaus notwendig sind. Voraussichtlich wird auch eine Dame der Familie in der Schweiz bleiben können. Die Liste der ausgewiesenen Personen wird morgen bekanntgegeben.

London, 25. Okt. (WTB.) Der Daily News zufolge werden die Alliierten den vormaligen Kaiser Karl vielleicht nach den Kanarischen Inseln bringen.

Die Wunden am Körper Polens.

Aus Lemberg wird uns geschrieben:

Das Attentat des ukrainischen Studenten Pedak gegen den polnischen Staatschef Pilsudski hat die Aufmerksamkeit Europas auf die Tatsache gelenkt, wie heftig in Ostgalizien der Kampf der ukrainischen Volksmehrheit gegen die angemaßte polnische Herrschaft bereits entbrannt ist. Und ähnliche Gefahren umdrohen Polen in zahlreichen Grenzgebieten.

Die auf Polen bezügliche Bestimmung der vierzehn Punkte Wilsons, die nur unzweifelhaft polnische Gebiete dem zu gründenden polnischen Staatswesen zuweisen wollte, ist durch den maßlosen und von der Entente unterstützten polnischen Imperialismus in ihr Gegenteil verwandelt worden. Polen ist keineswegs ein Nationalstaat, sondern ein ausgesprochener Nationalitätenstaat geworden. Der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung sinkt in den beim Rigaer Frieden von Rußland erworbenen Gebieten im Osten vielfach weit unter 10.

In Ostgalizien stehen, wie man auf Grund der Volkszählungen und kritischer Untersuchungen annehmen darf, etwa 660 000 Polen (12,1 Prozent), 4 Millionen Ukrainern (74 Prozent) und 670 000 Juden (12,3 Prozent) gegenüber. Dennoch erteilte der Oberste Rat den Polen im Juli 1919 die Ermächtigung, in Ostgalizien, das sie im Kampfe gegen die Ukraine okkupiert hatten, eine Zivilverwaltung einzuführen. Die staatsrechtliche Stellung Ostgaliziens wurde zunächst nicht festgelegt. Auf Grund der bisher abgeschlossenen Friedensverträge steht dem Obersten Rat das Recht zu, über dieses Gebiet zu verfügen. In der Praxis wird es jedoch von den Polen als staatsrechtlich zur polnischen Republik gehörende Provinz behandelt.

Die polnische Verwaltung macht alle Anstrengungen, um den ausgesprochen ukrainischen Charakter Ostgaliziens zu zerstören und dem Lande das Ansehen einer ethnographisch polnischen Provinz zu verleihen. Zu diesem Zwecke werden in Ostgalizien überflüssige polnische Schulen errichtet, ukrainische dagegen geschlossen, die Kolonisation durch polnische Bauern wird planmäßig durchgeführt und nichtpolnische Besitzungen werden parzelliert. Mit diesen Maßnahmen, darunter Masseninternierungen ukrainischer Bürger, kann man jedoch das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Ukrainern und Polen nicht wesentlich beeinflussen, um so mehr, als die Ukrainer infolge des polnischen Druckes ihre Nationalität hartnäckig verteidigen und in keiner Weise mit der polnischen Herrschaft sich abzufinden geneigt sind. Deshalb sollen sie nun wenigstens statistisch dezimiert werden. Das Mittel hierzu ist die Statistik, und zu diesem Mittel will nun die polnische Verwaltung im Wege der angeordneten Volkszählung greifen.

Mit Drohungen wurden viele Personen gezwungen, entgegen der Wahrheit sich als Polen zu bezeichnen. Bald aber setzte der entschiedenste ukrainische Widerstand ein. Namentlich in den Dörfern weigerten sich die Ukrainer überhaupt, sich an den Volkszählungen zu beteiligen. Am Tage des Eintreffens der Zählungskommissare flohen ganze Dörfer in die umliegenden Wälder oder sie zogen aufs Feld hinaus, sodaß von einer Vornahme der Deskription keine Rede sein konnte. In einzelnen Ortschaften setzte sich die ukrainische Bauernschaft gegen die Zählungskommissare und ihre militärische Begleitung zur Wehr. Im Kalusher Bezirk wurde der Zählungskommissar von den empörten Bauern erschlagen. Im Strajer Bezirk ließ der polnische Kommissar gegen die Bevölkerung, die sich zusammengerottet hatte, Maschinengewehre in Aktion treten. Die Bauern nahmen den Kampf auf und es gab zahlreiche Verletzte. Alles in allem kann man, infolge des teils passiven, teils aktiven Widerstandes der Bevölkerung, von einem vollständigen Fiasko der Volkszählung in Ostgalizien sprechen.

Doch ist dies alles nur ein Symptom für die Schärfe, die der nationale Kampf in Ostgalizien bereits angenommen hat, und in unterrichteten Kreisen betrachtet man es als ein Vorspiel für kommende stürmische Ereignisse.

Um die Autonomie Ostgaliziens.

Warschau, 24. Okt. In polnischen Regierungskreisen wird zurzeit an einem Projekt eines Autonomiegesetzes für Ostgalizien gearbeitet. Das Autonomiegesetz soll eine für Polens Ansprüche auf Einverleibung Ostgaliziens günstige Lage bei der zukünftigen endgültigen Regelung der ostgalizischen Frage durch den Obersten Rat schaffen. Ein anderes Autonomieprojekt wird von der sozialistischen Sejmfraktion vorbereitet. Bei der Erörterung des Projektes wurde betont, daß die ostgalizische Angelegenheit keinen Aufschub dulde und durch eine weitgehende territorial-politische Autonomie Ostgaliziens gelöst werden könne. Der Abgeordnete Daczynski verurteilte scharf die Regierungspolitik gegenüber Ostgalizien und erklärte, niemand könne im Ernst glauben, daß die ostgalizischen Ukrainer auf ihre Forderungen verzichten würden. Indessen haben die Autonomiepläne der Warschauer Regierung bei den polnischen Gruppen der ostgalizischen Bevölkerung bereits eine Protestbewegung ausgelöst.

Ungeheure Erhöhung der Margarinepreise.

Der Margarineverband e. V. Berlin teilt mit: Infolge der fortschreitenden Entwertung der Reichsmark ist die Margarineindustrie in die Zwangslage versetzt, die gegenwärtig bestehenden Preise für Margarine weiter zu erhöhen. Die Erhöhung beläuft sich auf 5,50 bis 7 Mark für das Pfund, je nach Qualität. — Wo soll das hinführen!

Zwischenfall bei einer Haussuchung.

Gestern wurde auf Grund richterlichen Ersuchens eine Durchsuchung der Zentrale der Kommunistischen Partei in Berlin vorgenommen. Hierbei griff der kommunistische Reichstagsabgeordnete Braß einen der Polizeibeamten an und versuchte ihm ein beschlagnahmtes Aktenstück zu entreißen. Braß soll sich dieserhalb wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten haben.

Opfer des Sturms. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der dänische Dampfer Elvsund ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Sturm mit der gesamten Besatzung von fünfzehn Mann und zwei Reisenden im Kattegat untergegangen.

Im griechisch-türkischen Konflikt sollen die türkischen Friedensbedingungen, wie in amtlichen Kreisen erklärt wird, folgendermaßen lauten: Räumung Kleinasiens und Thraziens und Reparation der durch den Krieg zerstörten Gebiete.

Wildwest. Montag abend haben zwanzig Banditen den Zug von Apzapotzalco (Mexiko) angehalten. Sie haben sechs Soldaten getötet und fünf Zivilreisende, die Widerstand leisteten, verwundet. Darauf flüchteten sie, nachdem sie Wertbriefe im Werte von 200 000 Pesos erbeutet hatten.

Die Ursachen unserer Kartoffelnot.

Die Ausgleichszuschläge für die städtischen Beamten erhöht. — Eine eigenartige Schulverlegung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich eingehend mit der Versorgung Danzigs mit Kartoffeln. Zur gleichen Zeit, wo sich in Warschau Danziger und polnische Regierungsmitglieder gegenseitig freundliche Worte sagen, üben Danziger Stadtverordnete an dem Verhalten der polnischen Außenhandelsstelle bittere Kritik. Es wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die polnischen Regierungsstellen die Kartoffelversorgung Danzigs absichtlich hinauszögern. Bei eintretendem Frostwetter kann das zu einer Katastrophe führen. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß jetzt vor allen Dingen die Freistaat-Kartoffelerzeuger ihre Produkte auf den Markt bringen müssen. Jede Kartoffelausfuhr und Spiritusherstellung aus Kartoffeln muß verboten werden. Im allgemeinen verlief die Sitzung ruhig und sachlich, bis bei der Beratung über die Verlegung der Mittelschule in Langfuhr die Linke und die Bürgerlichen aneinander gerieten. Die Vertreter der Linken befürchteten eine Vertreibung der Blinden und kritisierten, daß ein Gebäude, welches für eine Mittelschule ungeeignet, für eine Volksschule jedoch gut genug ist.

Stadtverordnetenversammlung

vom 25. Oktober 1921.

Die Sitzung wird durch den Stadtverordnetenvorsteher Kerwath pünktlich eröffnet. Es wird beschlossen, den Haushaltsplan der Allgemeinen Besoldungsnachweisung und

die Erhöhung der Ausgleichszuschläge für die städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten

gemeinsam zu beraten.

Stadtv. Dr. **Herrmann** (Dt. P.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, die Ausgleichszulagen statt vom 15. August vom 1. August 1921 zu zahlen, da der Volkstag den gleichen Termin für die staatlichen Beamten festgesetzt habe. Die Königsberger Stadtverwaltung habe durch Entlassung von 1200 Angestellten und Arbeitern 15 bis 20 Millionen Mark gespart. Redner fragt an, ob in Danzig nicht ähnliche Sparsamkeit geübt werden könne.

Vizepräsident Dr. **Ziehm** ist mit der Vordatierung einverstanden. Die neue Besoldungsordnung sei nahezu fertig und werde demnächst dem Volkstag und der Stadtverordnetenversammlung zugehen. Eine Verringerung des Beamtenkörpers sei bereits erwogen, sie sei nur möglich durch Vereinfachung des Geschäftsganges.

Stadtv. **Braun** (Z.) wünscht baldige Auszahlung der bewilligten Gelder.

Stadtv. **Gebauer** (U.S.P.) trat dafür ein, daß nun aber endlich der Tarif für die Angestellten der Gruppe 4 den Wünschen der Angestellten entsprechend zum Abschluß kommt. Bei zukünftigen Lohnerhöhungen möge der Senat alle drei Kategorien, Beamte, Angestellte und Arbeiter zusammenfassen.

Senatsvizepräsident Dr. **Ziehm** antwortet, daß bei den Tarifverhandlungen mit den Angestellten in wesentlichen Punkten Uebereinstimmung erzielt sein. Eine Verfügung bestimme, daß Angestellte und Beamten gleichzeitig die Nachzahlungen erhalten.

Stadtv. **Rahn** erklärt, daß der Senat zum Erlaß einer solchen Verordnung nicht berechtigt sei, da die Stadtverordnetenversammlung über die Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten beschließe.

Stadtv. **Meinke** (Dtnatl.) äußert den Wunsch nach schnellster Auszahlung der bewilligten Summen und weist auf die Notlage der Ruhegehaltsempfänger hin.

Senatsvizepräsident Dr. **Ziehm** erwidert, daß der Senat zum Erlaß der Verordnung berechtigt war, da es sich nur um Vorschußzahlungen handele. Sobald die Vorlage beschlossen, kann die Auszahlung geschehen.

Der Antrag, die erhöhten Ausgleichszulagen ab 1. August 1921 zu zahlen, wird mit großer Mehrheit angenommen, desgleichen ein weiterer Antrag, der den Senat ersucht, baldmöglichst eine neue Besoldungsordnung vorzulegen.

Die Anfrage betr. die **Versorgung** mit Brennmaterial wird auf Wunsch des Stadtv. Ebert von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Brennstoffbeschaffungsausschuß Mittwoch zusammentritt.

Eine weitere Anfrage beschäftigte sich mit der

Kartoffelversorgung,

und wünschte Auskunft, ob die Kartoffellieferung der Stadt ausreichend sei und welche Preise gezahlt werden müssen.

Stadtv. **Ebert** (Z.) wies auf die Verordnung des Senats über die Kartoffelbezugsscheine hin, die jedoch nicht befriedige. Es wurde mit solchen Einfuhrscheinen gehandelt und dabei pro Zentner drei Mark verdient. Namen wolle er nicht nennen. Wenn in den nächsten Tagen der Preis für Kartoffeln auf 72 Mark für den Zentner steigt, könnten wir es diesem Herrn verdanken. Redner wünscht Auskunft, welche Maßnahmen der Senat dagegen beabsichtigt.

Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Kartoffeln aus Pommerellen,

Stadtsyndikus **Friesewitz** antwortet in Vertretung des zuständigen Senators Dr. Eichert und schildert die Schwierigkeiten bei der Kartoffelbeschaffung in den letzten Monaten. Schon anfangs März sei deshalb mit den polnischen Behörden verhandelt worden; daraufhin sind die Kartoffelbezugsscheine vom vergangenen Jahre verlängert worden. Ende April sei der Senat erneut an die polnischen Behörden herangetreten, diese haben mit dem bevorstehenden Abschluß des Wirtschaftsvertrages vertröstet. Auf erneute Vorstellungen des Senats habe Polen dann die Ausfuhr von 11 000 Zentnern Frühkartoffeln genehmigt, jedoch die Scheine nur an den freien Handel verabfolgt. Es sind dann auch Kartoffeln nach Danzig gekommen. Für den Winterbedarf sind Danzig von Polen 700 000 Zentner zugestanden, die wieder nur durch den freien Handel unter Mitwirkung pommerellischer Händler bezogen werden können. Die Abfertigung dieser Einfuhrscheine auf der polnischen Außenhandelsstelle erfolgt aber so langsam, daß die größte Gefahr für die Versorgung Danzigs besteht. Ein eintretender Frost führt in Danzig zu einer Katastrophe. Der auf dem Bezugsschein vorgeschriebene Grenzübergang behindere die Zufuhr sehr stark. Zu verlangen sei die Erlaubnis einer generellen Einfuhr bis 700 000 Zentnern. Redner hat in einem Telegramm die Danziger Delegation in Warschau gebeten, die polnische Regierung auf die Mißstände aufmerksam zu machen. Es müsse mit einem Preis von 1500—1700 polnische Mark pro Zentner gerechnet werden.

Stadtv. **Ebert** (Z.) ist der Ansicht, daß der Senat nicht mit der nötigen Festigkeit gegenüber den polnischen Behörden aufgetreten ist. Die polnische Regierung möge bedenken, daß ein Volk sich auf die Dauer nicht knebeln läßt. Redner richtete an die Landwirte des Freistaates die Aufforderung ihre Kartoffeln jetzt auf den Markt zu bringen. Die Ausfuhr von Saatkartoffeln müsse verboten werden.

Stadtv. **Rohde** (Dt. P.) bedauerte, daß die Lieferungsscheine mit Gewinn von Hand zu Hand gehen. Das Verfahren bei der polnischen Außenhandelsstelle sei nicht sachgemäß. Danzig müsse auf sofortige Lieferung der 700 000 Zentner Kartoffeln dringen. Das Verhalten der polnischen Behörden trage nicht zur Besserung des gegenseitigen Zusammenarbeitens bei.

Stadtv. Frau **Richter** nannte es unverantwortlich, daß die Stadt sich noch nicht mit Kartoffeln eingedeckt hat. Vor einiger Zeit wären 300 000 Zentner Kartoffeln zu 30—32 Mark den Zentner versandbereit gewesen, ihre Einfuhr war jedoch nicht möglich, weil die Einfuhrscheine auf einen bestimmten Namen lauteten.

Stadtv. **Brunzen** (Dtnatl.) vertrat die Ansicht, daß die Kartoffeleinfuhr von den polnischen Behörden systematisch hintertrieben wurde. Aus dem Freistaat dürften keine Kartoffeln ausgeführt werden.

Stadtv. **Rahn** (K.) erklärte, daß Polen nicht verpflichtet sei, Danzig mit Kartoffeln zu beliefern. Es habe keinen Zweck die Polen zu verärgern. Der Senat habe anscheinend die Absicht nur seinen Freunden die Einfuhrscheine zukommen zu lassen. Redner erklärte die Uebernahme des Wirtschaftsamtes durch den Senat für ungesetzlich, weil kein diesbezügliches Gesetz erlassen worden ist.

Stadtv. **Dunst** (Pole) macht den Mangel an Transportmitteln für die Kartoffelnot verantwortlich. Man möge in erster Linie die Freistaatkartoffeln an die Bevölkerung abgeben.

Vizepräsident Dr. **Ziehm** betonte, daß Danzig auf die Kartoffelversorgung durch Polen angewiesen sei. Polen habe sich zur Lieferung von 700 000 Zentner bereit erklärt, die Einfuhr aber durch verschiedene Vorschriften außerordentlich erschwert. Notwendig sei, daß Polen eine generelle Ausfuhrerlaubnis gebe, bis Danzig 700 000 Zentner erhalten hat. Den kleinen Grenzverkehr duldet Polen vorerst noch nicht. Die Uebernahme des Wirtschaftsamtes durch den Senat sei keine ungesetzliche Handlung gewesen, da nach Bildung des Senats alle Befugnisse des Magistrats an ihn übergegangen seien.

Stadtv. Gen. **Grünhagen** betonte, daß nicht nur die Kartoffelbeschaffung, sondern die ganze wirtschaftliche Lage des Freistaates äußerst schwierig ist. Es ist ein Uebelstand, daß die Einfuhrscheine auch an Private abgegeben werden, die die Kartoffeln hereinholen und mit hohem Gewinn weiter verkaufen. Es ist auffallend, daß schon in dem Erntemonat keine Kartoffeln im Freistaat sein sollen. Der Senat möge eine Verordnung erlassen, nach der die Kartoffelerzeuger im Freistaat sofort einen bestimmten Teil ihrer Ernte abliefern müssen. Es sind Andeutungen gemacht worden, daß ein früherer Stadtrat nicht einwandfrei gehandelt habe. Dieser werde darauf antworten. Der frühere Stadtrat Woelk habe einen ausführlichen Bericht über die Kartoffelbelieferung an den Senat erstattet und darin betont, daß Lieferscheine nur gegen einen entsprechenden Revers abgegeben worden sind. Redner wies darauf hin, daß von amtlicher Stelle eine Pressenotiz über die Zuckerbelieferung im Oktober erschienen ist, die irreführend war.

Stadtv. **Brunzen** (Dtnatl.) stellte fest, daß die Verhandlungen mit Polen wegen Lieferung von 700 000 Zentnern Kartoffeln bereits im März begonnen haben. Polen habe wahrscheinlich die Absicht, Danzig so lange hinzuhalten, bis die Lieferung durch Frost unmöglich gemacht ist.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen ist die Aussprache beendet.

Der Zuschuß für das **Städtische Jugendamt** wurde von 20 000 Mark auf 55 000 Mark erhöht.

Sicherstellung des städtischen Vermögens.

Um eine Vermischung des Vermögens zwischen Stadt und Staat zu verhindern, lag folgender Antrag Rohde vor: 1. Die der Stadtverordnetenversammlung überreichte Nachweisung über das Vermögen der Stadtgemeinde Danzig nach dem Stande vom 1. Mai 1921 durch einen Senatsbeschluß als richtig anzuerkennen; 2. im Falle der Ueberweisung früherer staatlicher Gebäude durch den Senat und Volkstag an die Stadtgemeinde Danzig, dieses Eigentum nachträglich in dieses Verzeichnis aufzunehmen; 3. das mit der Anerkennung des Senats versehene Vermögensverzeichnis in der städtischen Depositenkasse aufzubewahren. Der Antrag wurde vom Stadtv. Rohde begründet. Stadtv. **Kunze** (U.S.P.) rügte, daß die Vermögensverzeichnisse nicht von zwei Senatoren gezeichnet sind. Die Aufstellungen müßten von den früheren Dezernenten nach dem Stande vom 30. April angefertigt werden. Redner beantragte, die Vorlage an den Kämmereiausschuß zurückzugeben. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen der Antrag Rohde angenommen.

Der Antrag des Senats auf Bewilligung von 75 000 Mark für die Befestigung des Weges Am Fort Kronprinz in Weichselmünde bis zur Chemischen Fabrik Pommerensdorf wurde ohne Aussprache angenommen.

Ohne Widerspruch bewilligte die Versammlung für den

Ausbau der Kanalisation in Kneipab

weitere 1½ Millionen Mark. Eine längere Aussprache entwickelte sich über den Antrag des Senats auf

Uebernahme verschiedener Straßen in den städtischen Reinigungsdienst.

Es werden die üblichen Klagen über die Unsauberkeit der Straßen vorgetragen

Stadtv. **Habel** (Dtnatl.) machte den Vorschlag, die Straßenreinigung an Unternehmer zu vergeben. Stadtv. Gen. **Klossowski** erklärte, daß er nach 33jähriger Abwesenheit in seiner Heimat den alten Schmutz wiedergefunden habe. Die Klosetts in der Küche seien auch noch nicht verschwunden. Die zur Uebernahme der Straßenreinigung erforderlichen Mittel wurden bewilligt.

Eine dringliche Vorlage des Senats beantragte die Verwendung des Ertrages einer Vorstellung für den Ausbau der

Lungenheilstätte Jenkau.

Stadtv. **Kunze** (U.S.P.) bedauerte, daß das Bürgertum nur dann Geld für die Bekämpfung der schlimmsten Volkseuche übrig habe, wenn es sich dabei amüsiere. Stadtv. **Brunzen** erwiderte, daß das Wörtchen „nur" nicht angebracht sei, es seien auch auf andere Weise Gelder aufgebracht worden. Stadt. **Bronisch** (Dtnatl.) rügte das Einsammeln von Geldern durch Schulkinder. Die Vorlage wurde genehmigt.

Die Verlegung der Mittelschule in Langfuhr

in die Blindenanstalt erfordert den Betrag von 21 000 Mark. Eine dringliche Vorlage des Senats beantragte die Zustimmung der Versammlung. Stadtv. **Kunze** beantragte Absetzung der Vorlage, weil seine Fraktion nicht Gelegenheit hatte, die Vorlage zu prüfen. Die Dringlichkeit wird jedoch mit zwei Drittel Mehrheit bejaht. Die Stadtv. Dr. **Herrmann** (D.P.) und **Scheller** (Dtnatl.) waren mit der Vorlage einverstanden. Das alte Gebäude sei schlecht, habe eine häßliche Umgebung und liege in der Nähe eines Rummelplatzes. Stadtv. Frau **Richter** (D.P.) trat ebenfalls für die Vorlage ein und regte an, in diesem Gebäude auch eine Mädchen-Mittelschule einzurichten. Stadtv. **Gebauer** (U.S.P.) erklärte jedoch, daß seine Fraktion durch diese Vorlage überrumpelt wurde und bezeichnete das Verhalten des Senats als unverschämt, was vom Vorsitzenden gerügt wurde. Redner fragte was mit den Blinden geschehe. Interessant sei, daß die Mittelschule aus dem Gebäude verlegt werden soll, aber für die Kinder des Proletariats sei das Gebäude gut genug, da eine Volksschule hineingelegt werden soll. Senator Dr. **Strunk** entgegnete, daß das Gebäude der Blindenanstalt seit Januar 1921 leerstehe. Die Verlegung der Volksschule bedeute eine Wohltat für die Kinder. Stadtv. **Roggenbuck** vertrat die Ansicht, daß man den Blinden die Räume fortnehme. Nachdem einige bürgerliche Redner dem entgegen getreten waren, machte ein Schlußantrag der erregt geführten Debatte ein Ende. Gegen die Stimmen der Linken wurde die Vorlage angenommen. Um 8 Uhr trat das Haus in die geheime Beratung ein.

Das geteilte Oberschlesien.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes zählt die Bevölkerung des gesamten Abstimmungsgebietes rund 1 950 000 Einwohner; davon werden polnisch rund 965 000 oder 49 vom Hundert. Bei der Volksabstimmung am 20. März haben für Deutschland gestimmt 707 393, für Polen 497 365 Personen. In den jetzt abgetretenen Gebieten haben 220 953 für Deutschland, 281 192 für Polen gestimmt. An Bodenfläche umfaßt das gesamte Abstimmungsgebiet 1 093 000 Hektar; davon werden polnisch 327 000 Hektar oder rund 30 vom Hundert. Von 60 Steinkohlengruben fallen 49 an Polen, nur 11 bleiben deutsch. Von den vier staatlichen Kohlengruben kommen die drei größten an Polen. Die Gesamtkohlenförderung in Oberschlesien betrug 1920 rund 31 750 000 Tonnen. Davon kommen an Polen rund 24 600 000 Tonnen oder 77,5 v. H., und es verbleiben bei Deutschland rund 7 140 000 Tonnen oder 22,5 v. H. Von den bis 100 Meter anstehenden Kohlenmengen von rund 60 Milliarden Tonnen verbleiben uns nur etwa 5,5 Milliarden Tonnen, also noch nicht ein Zehntel. Davon liegen 2,5 Milliarden im Wasserschutzgebiet, sind also nicht greifbar.

Sämtliche Eisenerzgruben fallen an Polen. Es handelt sich um eine Gesamterzeugung von 61 000 Tonnen jährlich. Von insgesamt 37 Hochöfen auf 8 Hochöfenwerken bleiben nur 15 auf 3 Hochöfenwerken deutsch. Von der Jahresproduktion an Roheisen in Höhe von 576 000 Tonnen behalten wir nur eine Produktionsmöglichkeit von etwa 170 000 Tonnen, verlieren also rund 400 000 Tonnen Roheisen. Von 18 Stahl- und Walzwerken werden 9 polnisch, darunter die Bismarckhütte, die Königs- und Laurahütte. Von 26 Eisen- und Stahlgießereien bleiben 10 deutsch. Von 16 in Betrieb befindlichen Zink- und Bleierzgruben bleiben nur 4 deutsch und zwar ein Teil der staatlichen Friedrichgrube und drei private Gruben mit einer Förderung in Zinkerzen von jährlich rund 39 000 Tonnen, bisher 266 000 Tonnen, in Bleierzen von jährlich rund 5000 Tonnen gegen bisher 22 000 Tonnen. Somit behalten wir von der Zinkerzförderung nur 14 v. H., da Oberschlesien 80 v. H. der gesamten deutschen Zinkerzförderung aufbrachte, verliert Deutschland 75 v. H. der gesamten Zinkerzförderung. Von der oberschlesischen Bleierzförderung bleiben uns etwa 23 v. H., sämtliche Zink- und Bleihütten gehen indessen an Polen über, ebenso die zwei vorhandenen Blei- und Silberhütten mit einer Produktion von 2000 Kilogramm Silber.

Gewerkschaftliche Erfolge im Memelgebiet.

Im abgetretenen Memelgebiet ist es unseren Gewerkschaftskollegen gelungen, beachtenswerte Erfolge bei den Wahlen in den Krankenkassen und zu den Versicherungsbehörden zu erringen. Im Gebiet sind 14 Krankenkassen. Die Arbeitnehmervertreter in den Ausschüssen und den Vorständen sind, mit Ausnahme einiger weniger in kleineren Betriebskrankenkassen, nur freigewerkschaftlich organisierte Kollegen. Selbst die drei Landkrankenkassen im Gebiet weisen als Arbeitnehmervertreter nur Gewerkschafter auf, wobei als besonderer Erfolg noch zu verzeichnen ist, daß der Ortskrankenkasse im Kreise Heydekrug und der Landkrankenkasse in Pogegen ein Arbeitnehmer als Vorsitzender vorsteht.

Nach der Abtrennung des Memelgebiets vom Deutschen Reich wurden in Memel ein Oberversicherungsamt und Spruch- und Beschlußbehörden beim Verwaltungsgericht für das Memelgebiet errichtet. Den letzteren wurden die nach der RVO. dem Reichsversicherungsamte zustehenden Aufgaben, soweit sie aus eigenen Versicherungen des Memelgebiets erwachsen, übertragen. Hierbei ist zu bemerken, daß die Versicherung gegen Unfall, Alter und Invalidität für das Memelgebiet von den deutschen Versicherungsträgern weitergeführt wird, nur für die Unfallversicherung in der Landwirtschaft wurde eine eigene Berufsgenossenschaft gebildet, in deren Vorstand die Versicherten durch einen freigewerkschaftlichen Kollegen vertreten sind. Auch die Arbeitnehmerbeisitzer im Oberversicherungsamt und den Spruch- und Beschlußbehörden des Verwaltungsgerichts — die außer durch Arbeitnehmer und Arbeitgeberbeisitzer durch drei richterliche Mitglieder zusammengesetzt werden — sind gewerkschaftlich organisiert.

In der Arbeitslosenversicherungsanstalt für das Memelgebiet sind als Arbeitnehmervertreter gleichfalls nur freigewerkschaftlich Organisierte tätig. Die Mitglieder des Ausschusses genannter Anstalt werden von den Beisitzern der Versicherungsämter in getrenntem Wahlgang für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt, außerdem bestellen die Landes- und Kommunalbehörden eine Anzahl Vertreter. Das Verhältnis ist folgendes: 25 Vertreter der versicherten Arbeitnehmer, 15 der Arbeitgeber, je 5 Vertreter der Staats- und Kommunalbehörden. Auch unter den Vertretern der Behörden befinden sich dank dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft freigewerkschaftlich organisierte Kollegen. Der vom Ausschuß gewählte Vorstand der Arbeitslosenversicherungsanstalt setzt sich aus 5 Vertretern der Arbeitnehmer, drei der Arbeitgeber und einem der Landesbehörde zusammen. Der Vorsitz ruht in den Händen eines unserer Kollegen.

Die freien Gewerkschaften des Memelgebiets können also mit Stolz den Erfolg verbuchen, die bedeutsamen Posten in der sozialen Versicherung restlos besetzt zu haben. Welche Bedeutung dieses für die der Versicherung unterliegenden Arbeitnehmer hat, braucht nicht weiter auseinandergesetzt zu werden. E. B.

„Oesterreichische Patrioten". Wie der „Neuen Freien Presse" aus Budapest gemeldet wird, bleibt das dortige „Acht-Uhr-Blatt" entgegen allen bisherigen Dementis bei seiner Behauptung, daß der Sohn des ehemaligen Erzherzogs Friedrich, Albrecht, sich demnächst nach Neuyork begeben wird, um mit einem amerikanischen Syndikat wegen des Kaufes der Güter seines Vaters zu verhandeln. Erzherzog Albrecht soll mit der Vollmacht nach Amerika reisen, den Verkauf abzuschließen. Die Güter wurden auf 200 Millionen Dollar geschätzt.

Danziger Nachrichten.

Die Uebergabe der Eisenbahn an Polen.

Die Uebernahme der Danziger Eisenbahn durch Polen sollte am 1. November d. Js. erfolgen, am selben Tage sollte Polen bei der Uebernahme dieser Eisenbahn der Freien Stadt Danzig die Summe von 50 Millionen deutscher Mark als Vorschuß für die Rückzahlung des Defizits erstatten, das die Danziger Eisenbahnen in der vergangenen Zeit aufwiesen.

Da es sich jedoch ergeben hat, daß die Uebernahme der Eisenbahnen mit allen ihren Einrichtungen, wie Gebäuden, Wagenparks, Reservematerial, Bureaus usw., eine längere Zeit erfordert, haben sich beide Parteien einverstanden erklärt, den Termin, an dem die Eisenbahnen übergeben werden sollen, bis zum 1. Dezember d. Js. zu verlängern.

An diesem Tage werden die Danziger Eisenbahnen im vollen Bestande an die polnischen Eisenbahnbehörden übergehen. Die Vorschußfrage wurde von beiden Parteien im gegenseitigen Einvernehmen dahin erledigt, daß Polen der Freien Stadt Danzig am 10. November d. Js. die Summe von 30 Millionen und danach am 1. Dezember d. Js. eine Summe in gleicher Höhe entrichtet.

Schiedsspruch im Baugewerbe.

Wie bereits gestern mitgeteilt, fanden gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ahlbrecht Verhandlungen vor dem Tarifamt statt, das von Arbeitgeberseite durch den Regierungsbaumeister Winter, Vertreter der Firma Holzmann, Direktor Buchholz von der Weichsel A.-G., Herrn Kamp, Inhaber der Firma Zimmermann, Steindamm, und von Arbeitnehmerseite durch die Genossen Spill, Reek und Herrn Dulski besetzt war. Dieses fällte nach siebeneinhalbstündiger Verhandlung einen Schiedsspruch, daß auf die zuletzt gezahlten Löhne eine Lohnzulage von 25 Prozent erfolgen soll. Demnach würde der Stundenlohn für einen Maurer und Zimmermann 8,15 Mk., für einen Zementarbeiter 8 Mk., für einen Bauhilfsarbeiter 7,85 Mk., für einen Erd- und Tiefbauarbeiter 7,65 Mk., für jugendliche Arbeiter von 15 bis 17 Jahren 6,60 Mk., für jugendliche Arbeiter unter 15 Jahren 5,85 Mark betragen.

Ueber den Schiedsspruch werden die Versammlungen beider Parteien in den nächsten Tagen entscheiden.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund

tagte am 24. Oktober im Gewerkschaftshause. Zunächst wurden die Abrechnungen des Bundes über das 2. und 3. Quartal durch den Sekretär erläutert. Einwendungen wurden von den Delegierten nicht erhoben. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Sekretär Entlastung erteilt.

Sodann gab der Bibliothekar Adomat den Jahresbericht über die Zentralbibliothek, aus dem ein längerer Auszug vor nicht allzulanger Zeit in der Danziger Presse veröffentlicht wurde. Nach dem Bericht macht sich eine Steigerung der Leserzahl, speziell in den Wintermonaten, bemerkbar. Im großen und ganzen können wir mit dem Resultat zufrieden sein. In der Diskussion wurde der Wunsch nach Anschaffung weiterer Literatur aus der Arbeiterbewegung laut. Demselben soll möglichst entsprochen werden. Nachdem den Bibliothekaren auf Antrag Kloßowski Entlastung erteilt wurde, erfolgte die Wiederwahl derselben einstimmig. Ebenfalls einstimmig wurde die Bibliothekskommission, bestehend aus den Kollegen Klinger, Roggenbuck und Kloßowski, wiedergewählt.

Nunmehr nahmen die Delegierten Stellung zur Erhöhung der Bundesbeiträge. Der Antrag des Vorstandes lautete auf Erhöhung von 70 Pfg. auf 1 Mark pro Mitglied und Quartal. Nach eingehender Begründung der Notwendigkeit der Beitragserhöhung durch Kloßowski und nach einer längeren Diskussion wurde beschlossen, daß dieser Antrag in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften behandelt und zur Annahme empfohlen werden soll. Das Resultat soll möglichst bald dem Bundesvorstand unterbreitet werden.

Ein Antrag auf Boykotterklärung über einen Bäckereibetrieb konnte nicht erledigt werden, da die hierfür laut Statut vorgesehenen ⅔ der Gewerkschaftsvertreter nicht mehr anwesend waren.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und Hinweis auf die Ausschußwahlen der Krankenkasse erfolgte Schluß der Sitzung.

Wesen und Bekämpfung der Tuberkulose.

14 Leitsätze von Dr. J. Petruschky, Hochschulprofessor in Danzig.

1. Die Tuberkulose (deutsch: Knötchenkrankheit) ist gegenwärtig eine der weitest verbreiteten Krankheiten. Sie gehört aber zu den vermeidbaren und ebenso zu den heilbaren Krankheiten, seit wir den Erreger dieser übertragbaren Krankheit durch R. Koch kennen, über ihre wesentlichen Verbreitungswege unterrichtet sind.

2. Der Erreger findet sich massenhaft im Auswurf Schwindsüchtiger und in den Höhlen ihrer kranken Lungen, spärlich in den erkrankten Geweben der Lunge, der Lymphknoten und anderer Organe.

3. Die Uebertragung auf andere geschieht durch feine, kaum sichtbare Schleimtropfen, die Schwindsüchtige beim unverdeckten Husten ausstoßen, durch Verschmierung von Auswurf, durch beschmutzte Hände und Gegenstände. Die Hauptansteckungsgefahr geht von unsauberen Schwindsüchtigen aus.

4. Die Entwickelung der Krankheit im Einzelmenschen beginnt in der Regel schon in der Kinderzeit mit der Erkrankung von Lymphknoten der Hals- und Nasengegend (durch Ansteckung mit beschmutzten Fingern erworben) oder von Lymphknoten des Unterleibs, durch Verschlucken menschlicher Ansteckungserreger oder von Lymphknoten des Luftröhrengebiets (Bronchialdrüsen) durch Einatmen ausgehusteter Schleimtropfen oder ansteckender Staubes erworben. Zurzeit der ersten Lymphknotenerkrankung ist die Tuberkulose noch nicht ansteckend für andere und leicht heilbar.

5. Der Kampf des angesteckten Körpers mit den eingedrungenen Erregern ist in der Regel langwierig, er führt zunächst zur Vergrößerung, dann Vereiterung der erkrankten Lymphknoten und läßt dem Arzte lange Zeit zum rechtzeitigen Erkennen der Krankheit und erfolgreichen Eingreifen in diesem Frühstadium. Gelingt es, die ersten Krankheitsherde restlos zu überwinden, so entfällt damit die Gefahr der Entstehung lebensgefährlicher und für andere ansteckender Erkrankungsformen. Gelingt dies nicht, so gehen von den ersten Erkrankungsstellen aus Aussaaten des Ansteckungsstoffes in andere Körpergewebe über (Knochen, Hirnhaut, Brustfell, Lunge), namentlich wenn Unfälle oder heftige (akute) Erkrankungen anderer Art diese Vorgänge begünstigen. Es kann dann entweder eine ebenfalls heftige (akute) Allgemeinerkrankung an Knötchenkrankheit (Miliartuberkulose) oder eine schleichende (chronische) Entwickelung neuer Krankheitsherde in den Knochen oder Lungen zustande kommen. Diese neuen Krankheitsherde haben eine Neigung zur Gewebszerstörung, wobei eine starke Vermehrung der Ansteckungserreger stattfindet. Die Herausbeförderung der ansteckenden Eitermengen, namentlich aus den Lungen, ergibt dann neue Ansteckungsgefahr für andere Menschen. Dieser Entwickelung der Krankheit vorzubeugen, ist die Hauptaufgabe einer weitschauenden Schwindsuchtsbekämpfung.

6. Die Abwehr der Tuberkulose als Volkskrankheit muß sich daher in erster Linie gegen die Entstehung und Verschlimmerung der frühen Erkrankungsformen des Kindheits- und Jugendalters richten.

7. Der Schutz der Kinder und Jugendlichen gegen Ansteckung bedarf einer eingehenden gesetzlichen Regelung im Sinne des Reichsseuchengesetzes.

8. Das rechtzeitige Auffinden und die vorbeugende Behandlung der bereits angesteckten Kinder und Jugendlichen bedarf fachärztlicher Beihilfe bei den bereits bestehenden Einrichtungen für Jugendpflege und Schulgesundheitspflege.

9. Das Ziel der vorbeugenden Behandlung ist, die Wehrkräfte des Körpers in ihrem Ringen mit den eingedrungenen lebenden Krankheitserregern so zu stärken, daß es dem Körper gelingt, die Ansteckungserreger in sich unschädlich zu machen und allmählich zum Absterben zu bringen. Dies gelingt nach unserer gegenwärtigen Kenntnis auf drei Wegen:

a) durch „Abhärtung" des Körpers gegen Schädlichkeiten verschiedener Art auf dem Wege allmählicher Uebung;

b) durch Vermehrung der natürlichen Wehrkräfte des Körpers gegen die Tuberkulose im besonderen durch die sogenannte spezifische Behandlung mit besonderen Mitteln;

c) durch die Pflege und Behandlung in besonderen Heilanstalten oder „Heilstätten".

10. Unter den Heilstätten unterscheidet man a) Kinderheilstätten, b) Heilstätten für Erwachsene. Beide sind für den Kampf gegen die Tuberkulose von hohem Werte und für ein größeres Gemeinwesen unentbehrlich.

11. Die Kinderheilstätten dienen der Vorbeugung, die Lungenheilstätten für Erwachsene der Behandlung bereits ausgebrochener Lungentuberkulose.

12. Die Lungenheilstätten erfüllen einen doppelten Zweck: a) ansteckende Lungenkranke von ihren Angehörigen so lange zu entfernen, als Ansteckung von ihnen ausgeht; b) die Kranken selbst auf den Weg zur Heilung zu bringen.

13. Gewisse operative Eingriffe (Pneumothorax) vermögen die Dauer der Ansteckungsfähigkeit der Kranken erheblich abzukürzen.

14. Eine längere planmäßige Nachbehandlung der aus den Heilstätten Entlassenen ist in allen Fällen erforderlich, um eine endgültige Heilung zu erzielen. Bei der Nachbehandlung werden wieder die unter 9 a und b genannten Methoden zur Anwendung gebracht.

Die Trauben hängen zu hoch.

Unsere Festnagelung des neuen kommunistischen Arbeiterverrats hat die „Arbeiter-Zeitung" in arge Verlegenheit gebracht. In Erkenntnis ihrer erbärmlichen Rolle, die sie sowohl gegen die Streikenden, wie auch gegen ihre Leserschaft gespielt hat, findet das sonst gar nicht so friedliebende Blättchen keinen andern Ausweg als uns vorzuwerfen, daß wir mit ihr stänkern wollen. Den wahren Sachverhalt verschweigt sie ihren Lesern verständlicherweise auch weiterhin. Alles andere soll die Leser nur über unsere treffende Anprangerung kommunistischer Verleumdungsmethoden hinwegtäuschen. Wir glauben jedoch nicht, daß sich die kommunistischen Leser auf die Dauer so beschwindeln lassen werden.

W. O. Das Konzert, das die beiden hier ansässigen Musiklehrerinnen Inga und Hildegard Schumann gestern abend in der Aula der Petrischule veranstalteten, hinterließ einen so überraschend günstigen Eindruck, daß es verwunderlich ist, warum man diesen so musikalisch befähigten Frauen im heimischen Konzertleben so wenig begegnet. Abgesehen davon, daß das, was sie zu bieten haben, durchaus belanghaft ist, würden sie auch durch häufigeres Hervortreten rasch zu jener nun einmal unerläßlichen Routine kommen, durch deren fast völliges Fehlen ihrem gestrigen Konzert eine gewisse akademische Reserviertheit anhaftete, die sich auch auf den Hörer übertrug. Das trat besonders bei Bach hervor, der das Programm eröffnete, und für den Inga Schumann, namentlich in den Ecksätzen der Sonate, zu wenig an pastoser Wucht aufzubringen vermochte. Von ganz ausgezeichneter Art, graziös und von hellster Sonnigkeit durchstrahlt kam denn aber das Klavierkonzert Mozarts zu Gehör, in dem die Geigerin auch Gelegenheit fand, ihre hochentwickelte Technik zu zeigen. Die Pianistin Hildegard Schumann, die schon bei den Violinvorträgen durch eine sehr subtile und diskrete Behandlung ihres Partes erfreut hatte, erwies sich dann mit einem Chopinschen Scherzo als Konzertvirtuosin von bemerkenswerter Intelligenz und Spielkultur. Auch die flimmernde, leidenschaftliche Romantik des Wassilij Sapellnikoff kam in seinem „Sylphentanz" edel und von „Salon" befreit zum Ausdruck. Zu Pfitzner aber, dessen E-Moll-Sonate durch die Konzertgeberinnen in Danzig zum ersten Male aufgeführt wurde, scheinen sie noch weniger Verhältnis gefunden zu haben; soweit sich das nach dem ersten Satze, den ich leider nur hören konnte, beurteilen ließ. Das Konzert wies einen recht erfreulichen Besuch auf und es fehlte auch nicht an Anerkennung durch Beifall und Blumenspenden.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Sektion I, hielt am Montag, den 24. Oktober eine gut besuchte Versammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Frage der Tarifkündigung beschäftigte. Nach eingehender Begründung durch den Kollegen Stegmann, welcher auf die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Artikel des täglichen Bedarfs hinwies, und lebhafter Aussprache beschloß die Versammlung, den Tarif zu kündigen und dem Arbeitgeberverband neue Forderungen einzureichen. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit den Wahlen zu den sozialen Körperschaften und wurde besonders auf die Wahlpflicht jedes einzelnen hingewiesen. Für die bevorstehenden Krankenkassenwahlen wurden die Kollegen Stegmann, Bathke und Hein nominiert. Kandidaten zu den Gewerbegerichtswahlen sind die Kollegen Zarnowski, Hein und Pflüger. Vom Vorstand wurde den Versammelten empfohlen, die Mitgliedschaft zur Freien Volksbühne zu erwerben. Auf eine Eingabe unsererseits an das Gewerbe-Aufsichtsamt, in welcher zum Ausdruck gebracht wird, daß die Unternehmer des Gastwirtsgewerbes ihren gesetzmäßigen Verpflichtungen auf Grund der Verordnung vom 23. 12. 18 über Arbeiterausschüsse nicht nachgekommen sind, antwortete die zuständige Behörde, daß Schritte eingeleitet seien, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Bei den Neuwahlen haben die Kollegen in den Betrieben dafür Sorge zu tragen, daß nur solche Angestellte für die Ausschüsse gewählt werden, die unserer Organisation angehören, und empfiehlt es sich, jeden einzelnen Vorgeschlagenen genau anzusehen.

Fahrplan der Vorortzüge.

Danzig-Hbf.—Zoppot und zurück.

Danzig Hbf. ab: 12^{36}, 1^{30}, 2^{10}, 4^{45} T W, 5^{15} W, 5^{46}, 6^{05} W, 6^{45} W, 7^{00} W, 7^{15}, 7^{30} W, 8^{15} W, 9^{00}, 10^{00}, 11^{05}, 12^{15}, 12^{40}, 1^{05}, 1^{30}, 2^{10}, 2^{35}, 3^{10}, 3^{45}, 4^{10}, 4^{40}, 5^{30}, 6^{05}, 6^{40}, 7^{05}, 7^{40}, 8^{20}, [illegible], 9^{15}, 9^{45}, 10^{20}, 10^{50}, 11^{40}.

Zoppot ab: 12^{30}, 1^{40}, 3^{00}, 4^{43} W, 5^{20} T, 5^{45} W, 6^{15}, 6^{45} W, 7^{15} W, 7^{34} W, 7^{40}, 8^{10} W, 9^{05} W, 9^{45}, 10^{05}, 11^{45}, 12^{45}, [illegible], [illegible], 2^{00}, 2^{40}, 3^{00}, 3^{40}, 4^{15}, 4^{40}, 5^{15}, 5^{50}, 6^{45}, 7^{10}, 7^{45}, 8^{10}, [illegible], [illegible], 9^{45}, 10^{20}, 10^{50}, 11^{30}.

Danzig-Hbf.—Danzig-Neufahrwasser und zurück.

Danzig Hbf. ab: 2^{10} T, 5^{12} W, 5^{45}, 6^{25} W, 6^{50} W, [illegible], [illegible], 9^{00}, 11^{25}, 12^{15}, 1^{30}, 1^{45} W, [illegible], 3^{15} W, [illegible], [illegible], [illegible], 6^{45}, [illegible], 8^{10}, 10^{10}, 11^{41}.

Danzig-Neufahrwasser ab: 3^{25} T, 5^{16}, 5^{55} W, 6^{10}, 7^{04} W, 7^{25} W, 8^{05}, 9^{04}, 10^{04}, 11^{45}, 12^{40}, 1^{40}, 2^{25} W, 3^{20}, 3^{45} W, [illegible], 5^{15}, 6^{15}, 7^{15}, 8^{15}, 9^{15}, 10^{40}.

Danzig-Hbf.—Praust und zurück.

Danzig Hbf. ab: 3^{32}, 5^{04} W, 5^{32}, 5^{41} W, 6^{05}, 6^{45}, 9^{05} T, 12^{25}, 1^{34} T, 2^{02} W, 2^{30}, 3^{45} F, 5^{00}, 6^{25} T, 8^{05} T, 8^{52} T, 9^{25} T, 10^{24} T.

Praust ab: 5^{05}, 5^{37} W, 5^{45} W, 6^{16} W, 6^{44} F, 7^{20} W, [illegible], 9^{40} T, 10^{06}, 10^{33} F, 12^{45}, 2^{00} T, 3^{35}, 5^{06}, 5^{50}, 7^{25} T, [illegible] T, 10^{25} T, 11^{04} S, 11^{34} T, 11^{50} W.

Standesamt vom 26. Oktober 1921.

Todesfälle: S. d. Arbeiters August Scheel, totgeb. — Kriegsinvalide Franz Leonhard Szelski, 44 J. 10 M. — Frau [illegible] Engels geb. Tiahel, 44 J. 9 M. — Invalide Christian [illegible], 88 J. — Stabsrittmeister a. D. Artur Turnal, 84 J. 8 M. — Frau Dorothea Koschnitzki geb. Kreft, 41 J. 8 M. — Witwe Rosalie [illegible] geb. Buschmann, 67 J. —

Polizeibericht vom 26. Oktober 1921. Verhaftet: 8 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 1 wegen Schmuggels, 1 zur Festnahme, 2 in Polizeihaft. Obdachlos: 3 Personen.

Infolge technischer Schwierigkeiten konnten wir die heutige Ausgabe unserer Zeitung nur im beschränkten Umfange erscheinen lassen. Auch die Fortsetzung der laufenden Erzählung mußte zu unserem Bedauern zurückgestellt werden.

Versammlungs-Anzeiger

Kindergruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde":
Mittwoch, den 26. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, im Heim (Stockturm): Sing- und Spielabend.

Arbeiter-Bildungsausschuß Stadtgebiet-Ohra.
Mittwoch, den 26. Oktober d. Js., abends 7 Uhr, in der Turnhalle Altschottland (ev. Schule): 2. Vortragsabend. Dr. Hans [illegible]: „Der Krieg als geschichtliche Erscheinung." Karten zu 1 Mark an der Abendkasse.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
5. Bezirk (Langfuhr): Genossen welche sich zum Distrikts-abend angemeldet haben, treffen sich Donnerstag, 27. Oktober, nachmittags 7 Uhr, beim Genossen Borchert, Langfuhr, Elsenstraße 21.

Arbeiterjugend Ohra.
Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr: Lustiger Vorleseabend.

S.P.D. Oliva. Am Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr findet im Vereinshaus Oliva eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteistatut. 2. Das Görlitzer Programm. 3. Wahl der Delegierten.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	(Auszl. 3,30) 3,70	am Vortage	4,10
Dollar:	160—63	„ „	162
Engl. Pfund:	645	„ „	650
Franz. Franks:	11,80	„ „	11,90
Schweiz. Franks:	30,—	„ „	30,—

Wasserstandsnachrichten am 26. Oktober 1921.

	24. 10.	25. 10.			
Zawichost	+0,—	+0,28	Montauerspitze	—0,46	[illegible]
Warschau	+0,51	+0,53	Piekel	—0,50	[illegible]
Plock	+0,22	+0,22	Dirschau	—0,55	[illegible]
	25. 10.	26. 10.	Einlage	+2,40	[illegible]
Thorn	—0,15	—0,16	Schiewenhorst	+3,40	[illegible]
Fordon	—0,35	—0,35	Schönau O. P.	+6,24	[illegible]
Culm	—0,51	—0,52	Galgenberg O. P.	+4,66	+4,60
Graudenz	—0,41	—0,37	Neuhorsterbusch	+2,20	[illegible]
Kurzebrack	—0,03	—0,—	Anwachs	+0,—	+0,—

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber, Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Vermischtes.

König Hering.

Der bescheidene Hering ist ein Herrscher, dessen Erscheinen beglückt und reich macht, während sein Fernbleiben Armut und Elend hervorruft. An der englischen Ostküste hat er sich diesmal so spärlich eingestellt, daß dort eine wahre Panik unter den Fischern eingerissen ist. Es sind bisher 80 Millionen Heringe weniger gefangen worden als in derselben Zeit des vorigen Jahres. Seeflugzeuge patrouillieren an den Küsten und fliegen aufs Meer hinaus, um nach dem Herannahen größerer Mengen zu spähen, aber vergeblich. Man sucht nach Gründen, aus denen der „König Hering" sich diesmal so fern hält, und hat sowohl die ungewöhnliche Hitze des Sommers wie die zerstörende Wirkung der Minenfelder angeführt. Jedenfalls aber ist es in der Geschichte schon öfters vorgekommen, daß dieser nützliche Fisch Küsten, die er einige Zeit in reichstem Maße heimsuchte, plötzlich mied. Ein Beweis dafür ist z. B. die Chronik der schwedischen Heringsfischerei, die bis in das 16. Jahrhundert zurückreicht. In den Jahren 1556 bis 1587 waren die Heringszüge so gewaltig, daß sich die kahlen Klippen der schwedischen Küste mit ganzen Dörfern bevölkerten, und Hunderte von Schiffen von fernher kamen, um an dem Reichtum teilzunehmen. 1587 aber blieben die Heringe plötzlich fort, und größtes Elend befiel die Küstenbevölkerung, die ganz auf einen Erwerb eingestellt war. Erst 1690 erschienen wieder die Heringe in größeren Mengen, aber nur kurze Zeit, und dann begann die letzte große Periode der südschwedischen Heringsfischerei im Jahre 1746. Damals fanden sich die Heringe in so ungeheuren Mengen an den Fjorden, daß sie zum größten Teil zu Tran gekocht werden mußten. Nach 62 Jahren, nämlich 1808, verschwand aber der Hering in einer einzigen Nacht aus den Fjorden von Bohuslän, und erst 1870 hat er sich wieder gezeigt. Nach der schwedischen ist dann die norwegische Heringsfischerei aufgeblüht, und zwar war es ein früher gänzlich unbekannter Ort, nämlich Aalesund, der plötzlich 1867 durch das Erscheinen der Heringe berühmt wurde. In diesem Dörfchen, das der bedeutendste und wichtigste Fischereiplatz Norwegens durch die Gnade des Königs Hering geworden ist, werden im Laufe von zwei bis drei Wochen etwa 4 Millionen Zentner Heringe gefangen. Auch die Blütezeit der jetzigen englischen Heringsfischorte, wie Lowestoft und Yarmouth, ist nur durch das Erscheinen des Herings verursacht worden. Vorher waren es elende Flecken, während andere Küstendörfer, die früher von den Heringszügen besucht wurden, hohen Wohlstand besaßen. Die Heimat des Herings ist der nördliche Atlantische Ozean mit der Nord- und Ostsee sowie das Eismeer. In den Tiefen des Meeres lebt er hier in ungeheuren Scharen, und wenn die Laichzeit herannaht, steigt er an die Oberfläche und strebt den flachen Gewässern der Küsten zu, um seinen Laich abzusetzen. Die Züge sind manchmal 5—6 Meilen lang und 2—3 Meilen breit, und die Tiere sind so dichtgedrängt, daß eine in die Masse gestoßene Stange eine Zeitlang aufrecht stehen bleibt. Von diesen Heringszügen erglänzt das Meer in einem leuchtenden Perlmutterschimmer, und die Luft zeigt einen hellen Widerschein, den man den „Heringsblick" nennt. Dieses leuchtende Auftreten des „Königs Herings" wird von den Fischern mit größter Spannung erwartet, und wenn die Beobachtungsposten sein Herannahen melden, dann herrscht fieberhafte Aufregung und allgemeiner Jubel.

Der Hauptmann von Köpenick gibt ein Gastspiel in Polen. Schuhmacher Voigt, der berühmte Hauptmann von Köpenick, hat in Polen Nachahmung gefunden. Eigentlich kein Wunder, da vor dem polnischen Offizier wie früher vor dem deutschen alles in Ehrfurcht erstarrt und ein Uniformstück mit Sternen genügt, um andere denkende Menschen momentan in ergebene Sklaven zu verwandeln. Am 8. d. M. wurde der wachthabende Offizier der Garnison Lowicz vom Bahnhof antelephoniert. Am Apparat stellte sich ihm ein Fürst (!) Wolonski als Major des Generalstabes vor. Dieses hohe Tier behauptete in einer äußerst wichtigen Angelegenheit von der Residenzstadt Warschau gekommen zu sein und war höchst empört darüber, daß man keinen Wagen zum Bahnhof geschickt habe, um seinen allerwertesten Korpus abzuholen. Der wachthabende Offizier ließ sich wie seinerzeit bei der Köpenicker Affäre die Muskoten einseifen, und schickte vor beschränktem Untertanenverstand ersterbend sofort einen Wagen zum Bahnhof. Kaum war der Fürst angekommen, als auch schon der Kommandant der Militärabteilung bei ihm antanzen mußte, um die Befehle von höchsteigener Hand entgegenzunehmen. Dem Adjutanten überreichte er ein versiegeltes Paket und befahl ihm, auf die darin befindlichen wichtigen Dokumente wie ein Luz aufzupassen. Damit auch ja niemand argwöhnisch werde, begann eine Telephoniererei, Fahrten, Besuche, Empfänge usw., um die Wichtigkeit des blaublütigen Majors ins rechte Licht zu rücken. U. a. wurden auch die Bauern der ganzen Umgegend zusammengetrommelt, um dem Fürsten Klagen, Beschwerden, Bittgesuche vorzutragen usw. Die Affenkomödie nahm ein unrühmliches Ende, als plötzlich aus Kielce ein Steckbrief ankam, worauf dann sich endlich jemand fand, der es wagte, den Herrn Fürsten-Major um den Ausweis zu bitten. Doch der war frech wie Oskar und behauptete, der Ausweis befinde sich mit anderen Dokumenten in dem dem Adjutanten übergebenen versiegelten Paket. Als der Adjutant dies bestätigte, war die Sache vorläufig wieder gut. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten! Auf Grund des Steckbriefes verlangte man endlich offiziell die Vorzeigung des Ausweises. Da behauptete der Herr Major, das Dokument befinde sich in der Reisetasche im Hotel. Als man dort ankam, schlug er plötzlich Krach, weil ihm dieselbe gestohlen sei. Im nun folgenden Wirrwarr gelang es ihm, sich aus dem Staube zu machen und zu verschwinden. Als er jedoch bald darauf im Walde hinter Tomaszow bemerkt wurde, kriegte man ihn endlich doch an den Kanthaken und expedierte ihn in Nummer Sicher nach Lodz.

Die Neger in der nordamerikanischen Industrie. Für die Landwirtschaft der Südstaaten des nordamerikanischen Freistaats war der schwarze Arbeiter von jeher der ausschlaggebende Faktor, aber auch in der Industrie hat er, besonders infolge der durch den Krieg eingetretenen Umwälzung der Arbeitsverhältnisse eine immer größere Bedeutung erlangt. Die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Süden und die günstigeren Angebote der Kriegsindustrie des Nordens haben zahlreiche Neger der Industrie zugeführt. Das amerikanische Arbeitsministerium nimmt an, daß in den Kriegsjahren zwischen 400 000 und 500 000 Neger vom Süden in die Nordstaaten abgewandert sind. Man hat angesichts dieser Entwicklung im Arbeitsministerium eine ständige Abteilung für Negerfragen, die während des Krieges nur provisorisch bestand, errichtet. Ein kürzlich von dieser Abteilung veröffentlichter Bericht enthält Angaben über 292 Betriebe in 26 Staaten, die im Jahre 1918 insgesamt 129 708 weiße und 62 840 farbige Arbeiter beschäftigten. Während des Krieges waren in den acht bedeutendsten Schiffsbauzentren über 24 000 Neger beschäftigt, darunter etwa ein Fünftel gelernte Arbeiter. Im September 1919 war diese Zahl auf 14 075 gefallen, doch war der Prozentsatz der gelernten Arbeiter unter ihnen auf 27,5 Prozent gestiegen.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 26. Oktober, abends 7 Uhr:
Dauerkarten E 1.
Die Jüdin
Große Oper in 5 Akten von Scribe. Musik von J. F. Halevy. In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brischke. Musikalische Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10¼ Uhr.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2. „Der Vetter aus Dingsda." Operette.

Wilhelm-Theater
vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann
Heute, Mittwoch, den 26. Oktober, abends 7½ Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr.
„Die Postmeisterin"
Operette in 3 Akten, Musik von Leon Jessel.
Donnerstag, 27. Okt.: Geschlossen.
Freitag, den 28. Oktober:
„Die Postmeisterin"
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5245
„Libelle"
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Auf vielfache Anregung wiederholte
Wohltätigkeits-Vorstellung
zur Errichtung einer Lungenheilstätte in Jenkau
Wilhelm-Theater
Sonnabend, d. 29. Oktober, abends 7 Uhr:
Die Fledermaus
Operette in 3 Akten von Johann Strauß.
Dargestellt von Danziger Damen u. Herren unter gütiger Mitwirkung von Fräulein Scarron vom Stadttheater in Zoppot und der Kapelle der Schutzpolizei.
Leitung: Dr. med. Burow. (5391
Eintrittskarten zu 25, 18, 15, 12, 8, 7, 5 Mk. bei Warenhaus Freymann, Hermann Lau, Langgasse, W. F. Buran, Langgasse.

Aula der Petrischule
Donnerstag, den 27. Okt., abends 8 Uhr:
2. Trio-Abend des Danziger Trios
Mertins — Conradi — Müller
Brahms-Abend
Programm: Cellosonate F-dur, Trio H-dur, op. 8, Violinsonate D-moll. (5426
Karten zu 15, 10, 8, 5 M. (num.), Stehplatz 3 M. bei Hermann Lau, Langgasse 71.
Mittwoch, den 26. Oktober, nachm. 3 Uhr: Öffentliche Hauptprobe für Schüler und Studierende. Karten zu 1,30 M. an der Kasse.

Linden-Restaurant und Café
Altstädtischer Graben 93 Gegenüber der Markthalle
Täglich erstklassig. Künstler-Konzert
der Kapelle Moschkowitz
mit vielseitigen Solo-Einlagen. 5275
Gemütlicher Familienaufenthalt
(Kateschek, der Urkomische, am Klavier)
Jeden Sonnabend **Grosser Jazzband-Abend** mit verstärktem Orchester und humoristischem Programm
Warme Küche bis 2 Uhr nachts geöffnet.

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
— Sterbekasse. —
Kein Policenverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Apollo Lichtbild-Theater
III. Damm 3. (5430
Spielplan v. 26. bis 28. Oktober 1921
Nur 3 Tage!
Der Mann ohne Namen II
Sensations-Abenteuer-Fortsetzungsfilm in 6 Teilen nach dem Roman „Peter Voß, der Millionendieb". VI. Teil:
Der Sprung über den Schatten
5 äußerst spannende Akte. Hauptdarsteller:
Harry Liedtke Mady Christians
Durchlaucht reist inkognito
Prächtiges Lustspiel in 2 Akten.
Büro-Teufelchen Lustspiel in 2 Akten.

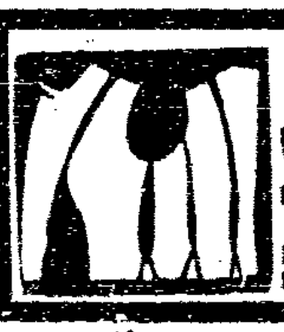
Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 (5431
Ab heute nur bis einschließl. Sonnabend!
Der hervorragende und reichhaltige Spielplan!
Die Abenteuer der schönen Kathlyn
IV. Episode: **„Die Arena des Todes"**
Sensationelles Raubtier-Drama in 5 großen Akten.
„Der Geheimvertrag von Oporto"
Detektiv-Sensations-Film in 5 großen äußerst spannenden und fabelhaften sensationellen Akten.
Detektiv Bob Hill . . . . . Adalbert von Schlettow
„NOBODY" III. Episode:
„Ein toller Abend im Atlantic-Varieté"

Robert Ehmann
Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Spezialabteilung für
Damen-Kostüme und -Mäntel
Herren-, Knaben- und Kinder-Konfektion
Berufskleidung. (4730

Extra-Angebot
in
Herren-Anzügen
aus guten Stoffen
hergestellt
von
100 Mk. an
Herren-Anzüge
Ia Qualität
in
jeder Preislage
verkauft
Kurt Becker,
Häkergasse 9, Laden
und
4. Damm 11, 1 Tr.
5146

Klub-Garnituren, Klubsessel, Sofas, Chaiselongues, Auflegematratzen
sehr preiswert. Polsterwerkstatt
H. Will, Husarengasse 9.
Reparaturen billigst.

Elegante Maßanfertigung
unter erprobter fachmännischer Leitung.
Großes Stoflager.
Verkauf auch ratenweise.
Schallamach
Breitgasse 10, Ecke Kohlengasse, früher Goldene 10. (5416


Zuschneide-Schule
für Damen-, Herren- und Wäsche-Schneiderei
Meisterkurse
Weltruf! Leichtfaßlich, sicherstes System für jeden Körperbau ohne Hilfsmittel.
Einzige Zuschneide-Schule des Ostens
für Schneiderei und Wäsche. 5231
Dir. Ed. Lippke, Fernruf 1234 **Langgasse 38 I.**

Ein Prachtprogramm ohnegleichen!
Erotikon.
Die moderne Ehe
Der Roman einer unverstandenen Frau.
Ein Filmwerk, welches unbedingt zu den besten der Lichtspielkunst zählt.
Der Ochsenkrieg.
Roman von Ludwig Ganghofer.
Ein Prachtfilm aus den bayrischen Bergen.
Die goldene Spinne.
Lustspiel nach dem gleichnamigen Bühnenwerk.
Ein unbedingt sehenswertes Programm.
Ab **Freitag:** Das große Singspiel
In einem kühlen Grunde . . .
In den Kammerlichtspielen:
Kathlyn! 5. Teil. Der Goldschatz in der Höhle d. Vulkan
Letzter und bester Teil.
5432

Hausfrauen spart Gas!
Warum ärgern Sie sich über Ihr schlechtbrennendes Licht? Vorbei mit den enorm **hohen Gasrechnungen!**
Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher in keinem Haushalt fehlen darf.
Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos billigen Vorrichtung, welche durch jedermann spielend leicht an jeder Gaslampe befestigt werden kann, ist jeder Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 60 Prozent Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern er verbessert sogar bei dunklem Brennen die Helligkeit des Gaslichtes um ca. 300 Prozent.
Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen Anerkennungen aus allen Kreisen vor.
Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 36.—
E. A. Bork, Hamburg 19, Eppendorferweg 17.
Vertreter an allen Orten gesucht!

Achtung Hausfrauen!
Sehr billiges Sehr billiges
Käse-Angebot!
per Pfund 5, 6, 7 und 8 Mk.
Nur eine Woche in meinen Verkaufsstellen
Markthalle, Stand 138, im Keller, und Fischmarkt.
Arthur Heilsberg, Käsehandlung.
Bitte auf meinen Namen zu achten.
5422